

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2025

Zu TOP: 9.5

Natur erhalten: Nein zum Lithiumabbau

Einreicher: AfD-Fraktion

Vorlage: AN 0006/2025

Frau Graf erläutert den Antrag der Fraktion AfD. Aus Sicht der Fraktion birgt der Lithiumabbau erhebliche Risiken, die die Stralsunder Bürgerschaft nicht ignorieren darf. Frau Graf führt an, dass der Einsatz chemischer Verfahren das Grundwasser sowie die angrenzenden Gewässer gefährden könnte, was die Trinkwasserversorgung und die ökologische Stabilität der Region beeinträchtigt. Weiterhin wird vermutet, dass die einzigartige Landschaft der Region Schaden nehmen könnte. Abschließend bittet Frau Graf, die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und transparent mit der Thematik umzugehen.

Herr Bauschke informiert, dass die Thematik in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung umfangreich beraten wurde. Dabei ist deutlich hervorgegangen, dass kein Abwägungsrecht seitens der Hansestadt Stralsund besteht, die Verwaltung dennoch eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet. In diesem Rahmen möchte Herr Bauschke erfahren, ob die Stellungnahme der zuständigen Stelle übermittelt wurde.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass die Stellungnahme eine sachliche und fachliche Abwägung enthält und versendet wurde.

Der Präsident lässt über den Antrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Bergbauamt Stralsund die Bedenken der Bürgerschaft hinsichtlich des geplanten Lithiumabbaus mitzuteilen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.02.2025